



Klimaschutz oder Arztbesuch?

Von Ulrike Simon | 3.3.2021

Die Hürden für ein kommunales Fernwärmeprojekt sind so groß, dass ähnliche, auf Freiwilligkeit basierende Initiativen abgeschreckt werden. Verständlich, aber schade für den Klimaschutz.

Bei der Energiewende heißt es: Freiwillige vor! Und so hatten einige Menschen in unserem Dorf eine Vision: Mit einer kollektiven Wärmeversorgung in Form eines Fernwärmenetzes wollten wir die Wärmewende voranbringen. Und das haben wir als Bioenergiegenossenschaft auch geschafft. Aber können wir möglichen Nachahmern empfehlen, es uns gleich zu tun? Oder sollten diese mit ihrer Vision gleich zum Arzt gehen, wie Helmut Schmidt einmal sagte, damit ihnen hinterher der Gang zum Psychiater erspart bleibt?

Denn die Umsetzung eines Fernwärmeprojekts über eine Energiegenossenschaft bedeutet eine sehr arbeitsintensive und hohe psychische Belastung: Sonntags

gibt's viel Lob und Anerkennung. Den anstrengenden Alltag muss man weitgehend alleine bewältigen: Zunächst gilt es, die Mitbürger von dem Vorhaben zu überzeugen und zum Mitmachen zu bewegen; danach fungiert die Genossenschaft als Bauherr, die nicht nur das Projekt stemmen, sondern als Organisation transparent und demokratisch arbeiten und sich auch den Mitbürgern gegenüber legitimieren muss.

Der ‚Häuserkampf‘

Das Zustandekommen eines Fernwärmenetzes steht und fällt mit dem als ‚angemessen‘ definierten Wärmepreis, und dazu müssen mindestens xx Häuser mit einem Gesamtwärmenergiebedarf von yy Kilowattstunden Wärme beziehen, in unserem Fall laut Machbarkeitsstudie ca. die Hälfte der Häuser im Dorf. Anders formuliert: Nicht für jeden ist es leicht, vom individuellen Heizen zu einem kollektiven System zu wechseln.

Zwei Fragen sind zu beurteilen:

1. Was kostet das Ganze, und bin ich zum jetzigen Zeitpunkt bereit und in der Lage, diese Kosten zu tragen?

Die Kostenfrage ist für die Mehrheit entscheidend. Etwas gegen den Klimawandel zu tun, ist durchaus für viele wünschenswert, aber nicht um jeden Preis. Unser Wärmepreis kann nicht eindeutig mit dem Ölpreis konkurrieren, wir können und müssen mit Zukunftsfähigkeit, Bequemlichkeit und der Tatsache punkten, dass der Fernwärmekunde Wartungskosten spart und künftig nicht mehr in eine neue Heizung investieren muss.

Die praktische Aufgabe, die Hälfte aller Hausbesitzer eines Dorfes dazu zu bewegen, innerhalb eines kurzen Zeitraums von drei bis fünf Jahren alle gleichzeitig ihr System umzustellen, ist zudem ambitioniert: Die einen sehen mit einer relativ neuen Heizung keinen Handlungsbedarf, andere haben eine defekte Anlage und müssen befürchten, dass das Netz nicht rechtzeitig fertig wird, wieder anderen fehlt das Geld, die nächsten scheuen den Aufwand usw.

2. Vertraue ich der geplanten Technik und ihren Betreibern, und bin ich bereit, die Kontrolle über die Wärme in meinem Haus und mein investiertes Geld an diese spezielle Genossenschaft abzugeben?

Dieses Vertrauen ist nicht selbstverständlich. Es gibt viel Anlass zur Skepsis. Wird es auch im letzten Haus warm? Sind die Aktivisten der Genossenschaft überhaupt kompetent? Wollen sie vielleicht nur ihr (partei-)politisches Süppchen kochen oder ihre Profilneurose pflegen? Sind die beteiligten Partner, das Finanzinstitut und der Energieversorger, der die Heizzentrale betreibt, nicht Wölfe im Schafspelz, die uns am Ende über den Tisch ziehen? Welche Einflussmöglichkeiten hätte ich auf die Entscheidungen der Genossenschaft? Möchte ich mich wirklich Mehrheitsbeschlüssen beugen müssen? Müssen wir für eventuelle Verluste der Genossenschaft mit unserem persönlichen Vermögen haften?

Während wir ‚Idealisten‘ unter Erfolgsdruck standen und auf Versammlungen mit sachkundigen und erfahrenen Gästen, in persönlichen Gesprächen, durch Flyer und vieles mehr beharrlich für das Projekt warben, fühlten sich manch andere durch die Überredungsversuche der Energiegenossen bedrängt und empfanden die Diskussion als spaltend für die Dorfgemeinschaft. Wir begegneten auch aktiver Gegnerschaft: Anonyme Flugblätter wurden verteilt, Stimmung gegen das Projekt gemacht, von Menschen, die den baulichen Aufriss fürchten oder anderen, die aus geschäftlichen Interessen nichts von einem Fernwärmesystem halten.

Und, während in den Bioenergiedörfern mit Biogasanlage Landwirte mit zu den treibenden Kräften gehören, hatten diese an unserem Projekt kein geschäftliches Interesse und standen ihm mehrheitlich skeptisch gegenüber.

Ein Drittel der Hausbesitzer entschlossen sich am Ende zur Teilnahme. Eigentlich zu wenige. Erfahrungen anderer Dörfer ließen in der Bauphase nicht unerhebliche Mitnahmeeffekte erwarten. So entschieden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern das Risiko zur Umsetzung in Kauf zu nehmen. Wir Energiegenossen vertrauten zudem auf unser großes ehrenamtliches Engagement, die Hilfe unserer professionellen Projektpartner und die politische Unterstützung aus der Kommunalpolitik (die gewünschte Bürgschaft der Kommune, die Bioenergiedörfern in anderen Kommunen gewährt wurde, sollten wir jedoch nicht bekommen). Unsere Partner wiederum hatten auch über unser Projekt hinausgehende unternehmensstrategische Gründe für ihre Entscheidung.

Mit unserem vorgelegten Businessplan bestanden wir die Gründungsprüfung des Genossenschaftsverbandes. Die Finanzierung wurde vereinbart, der

Energieversorger, der im genossenschaftseigenen Gebäude die Heizzentrale bauen und betreiben sollte, übernahm auch die Bau-Projektunterstützung.

Die Bauphase: Ein Dorf wird auf den Kopf gestellt

Es gab viel zu tun: Für jedes Haus musste in Zusammenarbeit mit dem Hersteller und lokalen Installateuren der passende Wärmetauscher ermittelt und der fristgerechte Einbau organisiert werden. Das Gebäude, in dem die Heizzentrale eingebaut wurde, wurde von der Genossenschaft angeschafft und brachte entsprechende Verpflichtungen mit sich.

Die Kinderkrankheiten des mit holziger Biomasse beheizten ‚Bio-Owes‘ in Form von unerwünschten Rauch- und Lärmemissionen, die die Nachbarn dauerhafte Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität und Gesundheit befürchten ließen, waren zu überwinden.

Die größte Herausforderung für uns war jedoch die Begleitung der Tiefbauarbeiten: In fast jeder Straße des Dorfes wurde ein mindestens 1 Meter tiefer und 1 Meter breiter Graben aufgerissen und dort ca. 30 Zentimeter dicke und 5 Meter lange Doppelrohre verlegt, verschweißt und isoliert. Spannende Zeiten für Kinder und so manchen Rentner. Die übrigen Bürger waren weniger begeistert, wurde doch der Alltag stark durch Baulärm, Staub und Dreck, Parkprobleme und vieles mehr beeinträchtigt. Vielerorts mit Kaffee und Kuchen verwöhnt, wurden die Bauarbeiter anderswo wüst beschimpft. Und dann gab es mittendrin noch ein Jahrhundertunwetter, das enorme Schäden an den geöffneten Gräben und in den Häusern anrichtete.

Viele Parteien müssen zusammenarbeiten: Tief- und Rohrbaufirmen müssen sich aufeinander einspielen, damit Gräben zügig geöffnet und geschlossen werden können; die koordinierende Bauleitung, die zuständigen Baubehörden, der Sicherheitsbeauftragte – alle müssen ihre jeweilige Expertise und Interessen einbringen und aufeinander abstimmen. Hinzu kommen die Absprachen mit weiteren Beteiligten: dem Wasserverband, den Telekommunikationsfirmen und dem Stromnetzversorger, dem Ordnungsamt, dem Bürgermeister, dem Ortsbeirat. Völlig klar, dass die gute Zusammenarbeit aller das A und O für das Gelingen eines solchen Projekts ist.

Leider war die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnern, den zuständigen Bau-Behörden, aus unserer Sicht unbefriedigend. Die Ämter verstanden sich wohl vor allem als Hüterinnen der geltenden Regeln und Auflagen zur

Verhinderung von Klagen. Für die dort Verantwortlichen stellte sich das Fernwärmeprojekt als störender Eingriff dar, schädliche Wirkungen mussten verhindert werden, im Sinne des Interesses aller Bürger an der Straßenqualität und im Sinne der Genossenschaft, zur Vermeidung künftiger Kosten für mögliche Reparaturen.

Zudem war die gesamte Maßnahme für das Bauamt neues Terrain, nicht nur in technischer Hinsicht. Bei ‚normalen‘ Straßen-, Kanal- oder Wasserrohrarbeiten kennen sich die Akteure seit vielen Jahren gegenseitig: Das Planungsbüro kennt alle Auflagen und Gepflogenheiten des Tiefbauamts, das Tiefbauamt vertraut der Qualität der ausführenden Firmen. Unsere Firmen waren ‚neu in der Stadt‘.

Und als Bauherrin fungierte ein Team von Laien, das zu erwarten schien, im Sinne einer guten Sache besonders zuvorkommend und verständnisvoll, vielleicht sogar nachgiebig behandelt werden zu müssen. Aber: Kein Projekt kann gelingen, indem geltende Regeln buchstabengetreu befolgt werden, schon gar kein innovatives, wie jeder weiß, der mal in ein Bauvorhaben involviert war oder Kinder erzogen hat.

Auflagen müssen in Relation zu dem übergreifenden Ziel überprüft, Risiken müssen eingegangen und kreative Lösungen gefunden werden, die sowohl die erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen erfüllen als auch in der konkreten Situation schnell und mit dem geringstmöglichen Aufwand umgesetzt werden können. In dieser Hinsicht hätten wir vom Bauamt eine wesentlich proaktivere und zielorientierte Begleitung (sozusagen als Speerspitze der Energiewende in unserer Kommune) erwartet.

Krise und Ausweg

Während der gesamten Bauphase wurden Genossenschaftsvorstand und Projektpartner in diesem Spannungsfeld aufgerieben, mit für uns verheerenden Folgen: erhebliche Bauverzögerungen, viel zu lang geöffnete Gräben, Konflikte zwischen den Projektbeteiligten, empörte Bürger, Zweifel an der Kompetenz aller Beteiligten, erhebliche Verteuerung der Baumaßnahme.

So blieben die erwarteten positiven Mitnahmeeffekte in Form neuer Hausanschlüsse aus, die Wärmeeinnahmen reichten nicht, und die Genossenschaft geriet angesichts der ohnehin knappen Ausgangsbedingungen in finanzielle Schieflage. Das über unser Finanzinstitut eingeleitete Verfahren ist wohl gar nicht so selten und betraf auch schon andere

Energiegenossenschaften: Einschaltung eines Unternehmensberaters, offene Karten, runder Tisch aller Beteiligten, Verhandlungsmarathon, Mitgliederinformationen und -beschlüsse und am Ende eine Lösung, bei der alle auf Ansprüche verzichten, aber der Wertkern erhalten bleibt und in der Zukunft ausbaufähig ist.

Dabei hat geholfen, dass unser Projekt politisch gewollt und begrüßt worden war, vom Unternehmensberater als sinnvoll und zukunftsfähig und somit als sanierungsfähig und -würdig eingestuft wurde, und alle Beteiligten äußerst konstruktiv kooperierten.

Demokratie in Infrastrukturprojekten

Dieser Ausweg ist keineswegs selbstverständlich. Für den gesamten hier dargestellten Prozess liegen die Risiken und die Verantwortung grundsätzlich vollständig bei den Genossen, den gewählten Aufsichtsräten und dem geschäftsführenden Vorstand.

Die beauftragten Experten verantworten ihre Bereiche, aber letzten Endes sind es die jeweils zuständigen Genossenschaftsorgane, die die wesentlichen Entscheidungen treffen und für das Funktionieren der Geschäftsabläufe sorgen müssen.

Gleichzeitig erwarten die Mitglieder höchste Transparenz, schließlich geht es um ihr Geld und die Wärme in ihren Häusern. Und auch die übrigen Bürger erwarten Erklärungen von der Genossenschaft. Mit welchem Recht mischt die hier eigentlich alles auf?

In einem laufenden Prozess ist es jedoch gar nicht so einfach, diese Erwartungen zu erfüllen. Während die Öffentlichkeit gerne einen Schuldigen finden, und man vielleicht sogar selbst vom Bauchgefühl her einen Volksaufstand anzetteln möchte, weil der Bau einfach nicht vorwärts geht, weiß man doch genau, dass man dem Verhandlungspartner nicht automatisch Böswilligkeit unterstellen kann, und dass man durch allzu verhärtete Fronten das Gegenteil von dem erreicht, was man möchte.

Hinzu kommt, dass nur Eingearbeitete die technischen Zusammenhänge und das zum Projekt gehörende Zahlenwerk wirklich verstehen können. Wenn einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Zahlen zu Mehrkosten oder Aussagen zu vermeintlichen ‚Bau- oder Planungsfehlern‘ als Gerüchte durchs

Dorf und die Presse geistern, oder im Gemeindeparlament Thema sind, entsteht zwangsläufig ein schiefes Bild (*... they'll stone ya when you're trying to be so good ...*).

Der Vorstand möchte am liebsten in Ruhe arbeiten – die Genossenschaftsmitglieder oder Bürger fragen sich, ob sie diesem wirklich vertrauen können, haben in der Regel aber weder die Zeit noch die Sachkenntnis, das zu prüfen.

Die Konfliktlinien der Energiewende laufen mitten durch die dörfliche Gemeinschaft, bis in die Nachbarschaften, Vereine, Familien und Freundeskreise. Das ist für alle Beteiligten nicht leicht auszuhalten. Gleichzeitig sind diese Auseinandersetzungen nötig, und viele positive Formen der Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung sind zu beobachten. Aber nur zu leicht sind die lokalen Gemeinschaften damit überfordert.

So wird das Wissen über unsere Erfahrung leider wohl eher dazu führen, dass ähnliche, auf Freiwilligkeit basierende Initiativen sehr viel vorsichtiger angegangen werden. Das ist verständlich, aber hinsichtlich ihrer möglichen Klimaschutzwirkung sehr schade.